

Name, Anschrift

AZ: II

An den
Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
- Referendarabteilung -
14767 Brandenburg an der Havel

Juristischer Vorbereitungsdienst

Ausbildung Wahlstation (§ 21 Abs. 2 BbgJAO)

1. Für die mündliche Prüfung wähle ich folgendes Berufsfeld mit der dazugehörigen Untergruppe (§§ 21 Abs. 2; 27 Abs. 3 BbgJAO):

Rechtsberatung

- im Pflichtfach Bürgerliches Recht oder
- im Pflichtfach Strafrecht oder
- im Pflichtfach Öffentliches Recht
(bitte gleichzeitig mit angeben)

Zivilrechtspflege

Strafrechtspflege

Verwaltung

Wirtschaft

- Recht des unlauteren Wettbewerbs, Handels- und Gesellschaftsrecht oder
- Handels- und Steuerbilanzrecht, Einkommenssteuerrecht einschl. verfahrensrechtlicher Bezüge
(bitte gleichzeitig mit angeben)

Die Prüfung für dieses Berufsfeld soll aus

- anwaltlicher Sicht oder
- staatlicher Sicht erfolgen.
(bitte gleichzeitig mit angeben)
- Arbeit und Soziales**
 - Betriebsverfassungsrecht, Tarifvertragsrecht, arbeitsgerichtliches Verfahren oder
 - Sozialversicherungsrecht einschl. der verfahrensrechtlichen

Bezüge ohne Krankenversicherung, Pflegeversicherung,
Arbeitsförderung
(bitte gleichzeitig mit angeben)

Die Prüfung für dieses Berufsfeld soll aus

- anwaltlicher Sicht oder
- staatlicher Sicht erfolgen.
(bitte gleichzeitig mit angeben)

Europäisches und internationales Recht

- Recht der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union oder
- Internationales Privatrecht, Internationales Zivilprozessrecht, Internationales Kaufrecht
(bitte gleichzeitig mit angeben)

Die Prüfung für dieses Berufsfeld soll aus

- anwaltlicher Sicht oder
- staatlicher Sicht erfolgen.
(bitte gleichzeitig mit angeben)

Teilnahme an dem Lehrgang zur Vorbereitung auf den berufspraktischen Teil der mündlichen Prüfung (Aktenvortrags-AG) im 21. bzw. 24. Ausbildungsmonat.

- ja nein

Hinweis: Hinweis: Der Lehrgang ist fakultativ. Wenn Sie sich für den Lehrgang anmelden, sind die AG-Termine Dienstpflicht und gehen allen anderen Dienstgeschäften vor; § 22 Abs. 1 S. 1 BbgJAO.

Erholungsurlaub für einzelne Tage der Arbeitsgemeinschaft soll nur in begründeten Ausnahmefällen gewährt werden.

2. Für die Wahlstation beantrage ich die Zuweisung zu der nachstehend benannten Ausbildungsstelle:

(genaue Bezeichnung und Anschrift der Ausbildungsstelle)

für die Zeit vom _____ bis zum _____.

Die schriftliche Bestätigung der Ausbildungsstelle

- ist beigelegt. wird nachgereicht.

Falls ein Stationsentgelt gezahlt wird: Der mit dem Ausbilder/der Ausbilderin geschlossene Arbeitsvertrag

- ist beigelegt. wird umgehend nachgereicht.

Das anliegende Merkblatt zur sozialversicherungsrechtlichen und steuerrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen an Rechtsreferendare durch private Ausbilder habe ich zur Kenntnis genommen. Mir ist bekannt, dass ich im Rahmen meiner Ausbildung gewährte zusätzliche Entgelte oder geldwerte Leistungen nur entgegennehmen darf, wenn die Mitversicherung und Mitversteuerung des Arbeitsentgelts durch den Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts sichergestellt ist und die hierfür erforderlichen Unterlagen vorliegen.

Sollte die mir gewährte Unterhaltsbeihilfe zur Einbehaltung der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung sowie zur Abführung der auf das zusätzliche Stationsentgelt entfallenden Lohnsteuer nicht ausreichen, verpflichte ich mich zur Erstattung des Fehlbetrags.

Für den Fall meiner Zuweisung in das Ausland*
benenne ich als Zustellungsbevollmächtigten:

Herrn/Frau

_____ Der/Die Zustellungsbevollmächtigte **muss** seinen /
ihren Wohnsitz im Zustellbereich der DBP haben!

Telefon: _____

_____, _____

(Ort) (Datum)

(Unterschrift)

*) Bei Ausbildung im Ausland beachten Sie bitte die Hinweise auf der Homepage "olg.brandenburg.de/Referendare"!

Datenschutzrechtliche Erklärung der Rechtsreferendarin/des Rechtsreferendars

Az.: II

(Name und Anschrift)

Mein/e Ausbilder/in in der Rechtsanwalts-/Wahlstation beabsichtigt, mir ein Stationsentgelt oder sonstige geldwerte Leistungen zu gewähren.

Um die ordnungsgemäße Durchführung der durch den Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts als Ausbildungsbehörde zu gewährleistenden Versicherung und Versteuerung dieses Entgelts zu ermöglichen, bin ich damit einverstanden, dass die entsprechenden Daten über die Höhe und den Zahlungszeitpunkt eines Stationsentgelts oder sonstiger geldwerter Leistungen von meinem/meiner Ausbilder/in an den Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts und die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg (ZBB) übermittelt und zum Zwecke der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Behandlung verarbeitet werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift der Rechtsreferendarin/des Rechtsreferendars)

Dienststellenummer	Sachbearbeiter	Personalnummer

Freistellungs- und Einverständniserklärung

(Name und Anschrift der Ausbildungsstelle)

Name der Ausbilderin/des Ausbilders:

Ich/Wir bilde/n Herrn/Frau Rechtsreferendar/in _____

in der Rechtsanwaltsstation in der Wahlstation

vom _____ bis zum _____ aus.

Bei Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten:

Ich erkläre hiermit, dass ich seit mindestens zwei Jahren

(Erstzulassungsdatum: _____) als Rechtsanwältin/Rechtsanwalt zugelassen bin.

Von dem Ausbildungsplan habe ich Kenntnis genommen, insbesondere von dem Mindestkatalog der anzufertigenden Stationsarbeiten und den Anforderungen an das nach Beendigung der Station auszustellende Zeugnis. Der Ausbildungsplan kann im Internet eingesehen (www.olg.brandenburg.de) oder von dem Dezernat für Referendarangelegenheiten per E-Mail oder Briefpost bezogen werden.

Zusatzentgelt:

Der/Die Rechtsreferendar/in erhält kein Stationsentgelt.

Der/Die Rechtsreferendar/in erhält ein Stationsentgelt in Höhe von _____ brutto/Monat.

Der/Die Rechtsreferendar/in erhält am _____ ein einmaliges Stationsentgelt in Höhe von _____ brutto.

Sollte die im Laufe der Ausbildung gezahlte Vergütung hiervon abweichen, werde/n ich/wir den Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts hiervon unverzüglich in Kenntnis setzen.

Das anliegende Merkblatt zur sozialversicherungsrechtlichen und steuerrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen an Rechtsreferendare durch private Ausbilder habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.

Vor dem dort erläuterten Hintergrund gebe ich (bei Anwaltssozietät: im Namen aller Partner der o.a. Anwaltssozietät/bei Unternehmen: im Namen des Trägers der o.a. Ausbildungsstelle) verbindlich die nachfolgende Erklärung ab:

Für den Fall der Zahlung eines Stationsentgelts oder sonstiger geldwerter Zuwendungen stelle ich/stellen wir das Land Brandenburg im Innenverhältnis von einer Inanspruchnahme durch Sozialversicherungsträger frei, soweit Beiträge für dieses Stationsentgelt und/oder die sonstigen geldwerten Zuwendungen erhoben werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Ausbilders nebst Kanzlei-/Firmenstempel)

Datenschutzrechtliche Erklärung der Ausbildungsstelle

(Name und Anschrift der Ausbildungsstelle)

Ich/Wir beabsichtige/n, einer/m mir/uns zur Ausbildung zugewiesenen Rechtsreferendar/in ein Stationsentgelt oder sonstige geldwerte Leistungen zu gewähren.

Um die ordnungsgemäße Durchführung der durch den Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts als Ausbildungsbehörde zu gewährleistenden Versicherung und Versteuerung dieses Entgelts zu ermöglichen, bin ich/sind wir mit der Übermittlung der entsprechenden Daten über die Höhe und den Zahlungszeitpunkt eines Stationsentgelts oder sonstiger geldwerter Leistungen an die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg (ZBB) und mit ihrer Verarbeitung zum Zwecke der sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Behandlung einverstanden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Ausbilders nebst Kanzlei-/Firmenstempel)